



Vorlage VA_53/2019
zur öffentlichen Sitzung des
Verwaltungsausschusses
am 29.11.2019

mit 5 Anlagen

An die
Mitglieder
des Verwaltungsausschusses

Haushaltsplan 2020 und Finanzplanung 2019 bis 2023 - Zusammenfassende Vorberatung -

1. Verfahren

Wie in den Vorjahren, haben wir den Verwaltungsausschuss bereits im Vorfeld des Haushaltsplanentwurfs regelmäßig über die finanzielle Situation des Landkreises informiert. Dies erfolgte unter anderem in den Sitzungen am 25.03.2019 und am 01.07.2019 im Rahmen der Beratungen zum Handlungskonzept 2020, zum Finanzzwischenbericht 2019 und zum Jahresabschluss 2018.

Nachdem der Haushaltsplanentwurf 2020 mit der Finanzplanung und dem Investitionsprogramm 2019 - 2023 (Vorlage KT_36/2019) im Kreistag am 25.10.2019 eingebracht wurde, haben die Ausschüsse den Entwurf des Haushaltsplans 2020 vorberaten.

2. Stellenplan

Der Stellenplan (Vorlage VA_37/2019) wurde am 04.11.2019 im Verwaltungsausschuss eingebracht. Er ist in der heutigen nichtöffentlichen Sitzung des Verwaltungsausschusses weiter zu beraten.

3. Verwaltungsausschuss am 04.11.2019, 1. Lesung

Der Verwaltungsausschuss wurde über die zwischenzeitlich eingetretenen Veränderungen sowie die vorliegenden Anträge informiert. Gegenüber den Ansätzen im Haushaltsplanentwurf verringert sich das Defizit im Ergebnishaushalt von 20,8 Mio. € auf 13,5 Mio. €. Im Finanzhaushalt sinkt die Änderung des Zahlungsmittelbestandes von minus 51,8 Mio. € auf minus 44 Mio. €. Dies liegt insbesondere an höheren Schlüsselzuweisungen aufgrund eines gestiegenen Kopfbetrages.

Über die bisher vorliegenden haushaltsrelevanten Anträge wurde der Verwaltungsausschuss mit Vorlage 47/2019 informiert.

Der Haushaltsplanentwurf 2020 wurde von der Verwaltung – entsprechend dem Votum von Freien Wählern, CDU, SPD und FDP – mit einem unveränderten Kreisumlagehebesatz von 27,5 %-Punkten eingebracht. Dies war nach Ansicht der Verwaltung sinnvoll, da bis zur Drucklegung des Haushaltsplanentwurfs ohnehin viele haushaltsrelevante Punkte seitens des Landes nicht klar waren.

Es wurde vorgeschlagen, im Finanzhaushalt die Ansätze für die Straßenbahn Ludwigsburg mit den Bottwartal Verkehrsmaßnahmen für gegenseitig deckungsfähig zu erklären. Der Haushaltsplan 2020 wurde vom Verwaltungsausschuss ansonsten durchweg positiv bewertet. Lediglich die prognostizierte Höhe der Kreisumlage in der Finanzplanung wurde angezweifelt. Man war sich einig, dass zur Eindämmung der Klinikendarlehen ein Betrag von 10 Mio. € aus der Überschussrücklage für Investitionsvorhaben der Kliniken reserviert werden soll. Angesichts der bestehenden Risiken ist die umsichtige und sparsame Haushaltswirtschaft im Landkreis Ludwigsburg fortzusetzen.

Aus dem Gremium wurde der Wunsch geäußert, die Übersicht über die aus Verpflichtungsermächtigungen voraussichtlich fällig werdenden Auszahlungen (Anlage 8 zum Haushaltsplan) um eine Zusammenstellung der einzelnen Verpflichtungsermächtigungen zu ergänzen. Diese ist als Anlage 4 beigefügt. Außerdem wurde darum gebeten, die Entwicklung der Abschreibungen im Vergleich zum Vorjahr darzustellen. Aus der Anlage 5 ist ersichtlich, dass der Anstieg der Abschreibungen auf das Sachanlagevermögen durch den Rückgang der Abschreibungen auf geleistete Investitionszuschüsse teilweise wieder kompensiert wird.

Der Verwaltungsausschuss hat den Haushaltsplanentwurf 2020 zur weiteren Beratung in die zuständigen Ausschüsse verwiesen.

4. Ausschuss für Umwelt und Technik am 08.11.2019

Der Ausschuss für Umwelt und Technik hat die in seinen Zuständigkeitsbereich fallenden Produktgruppen beraten. Er hat dem Verwaltungsausschuss/Kreistag bezüglich der in seine Zuständigkeit fallenden finanzrelevanten Vorlagen bzw. Anträge folgende Beschlussempfehlung gegeben:

- Ein jährlicher Mitgliedsbeitrag an die Ludwigsburger Energieagentur LEA über 100.000 € wurde mehrheitlich (bei einer Enthaltung und einer Gegenstimme) beschlossen.
- Projektmittel für den Landschaftserhaltungsverband über 30.000 € wurden einstimmig empfohlen (bisheriger Ansatz 5.000 €).
- Für einen stationären Verkehrsübungsplatz der Kreisverkehrswacht Ludwigsburg wurde einstimmig die Bereitstellung von 100.000 € für 2020 empfohlen. Die restlichen Fördermittel von 400.000 € müssen 2021 ff bereitgestellt werden.
- Die Bereitstellung von jährlich 13.000 € für das Projekt „Naturvision on Tour“ wurde mehrheitlich empfohlen.
- Die Einführung eines 365-Euro-Jahrestickets wurde mehrheitlich abgelehnt.

Bereits am 30.09.2019 hat der Ausschuss für Umwelt und Technik die Bereitstellung von 130.250 € für weitere Klimaschutzmaßnahmen befürwortet. Ferner wurde in dieser AUT-Sitzung über die Gebührenkalkulation und die Abfallwirtschaftssatzung 2020 diskutiert. Der AUT befürwortet die Variante 1 der Gebührenkalkulation mit einem einzusetzenden Überschuss von 3,58 Mio. €. Bisher waren 3 Mio. € im Planentwurf enthalten.

Der Ausschuss für Umwelt und Technik empfahl dem Verwaltungsausschuss/Kreistag einstimmig bei einer Enthaltung die Annahme des Haushaltsplanentwurfs 2020 und der Finanzplanung mit dem Investitionsprogramm 2019 - 2023.

5. Sozialausschuss am 11.11.2019

Der Sozialausschuss hat die in seinen Zuständigkeitsbereich fallenden Produktgruppen beraten. Er hat dem Verwaltungsausschuss/Kreistag bezüglich der in seine Zuständigkeit fallenden finanzrelevanten Vorlagen bzw. Anträge folgende Beschlussempfehlungen gegeben:

- Der Antrag von Tragwerk e.V. zur Förderung des Netzwerks Inklusion mit 20.000 € jährlich wurde einstimmig empfohlen.
- Der Antrag von Frauen für Frauen e.V. auf Erhöhung des Zuschusses für die Fachberatungsstelle auf insgesamt 70.605 € wurde mehrheitlich bei einer Gegenstimme befürwortet.
- Der Antrag der Hospizinitiative auf Mitfinanzierung einer Stelle bei der Kinder- und Jugendtrauerarbeit mit 72.000 € wurde mehrheitlich bei einer Gegenstimme empfohlen.
- Das gemeinsame Projekt Stromsparcheck von LEA und Jobcenter mit einem Aufwand von 29.056,92 € wurde ebenfalls mehrheitlich bei 1 Gegenstimme dem Verwaltungsausschuss/Kreistag zu Annahme empfohlen. 10.000 € werden über die Deckungsreserve finanziert, der Rest aus dem Jobcenterbudget.
- Weiter wurde ein Zuschuss an Refugio für das psychosoziale Zentrum für traumatisierte Flüchtlinge über 40.000 € mehrheitlich bei einer Gegenstimme befürwortet.
- Außerdem wurde einstimmig eine Beschlussempfehlung bezüglich eines Zuschusses für das Psychosoziale Netzwerk über 293.703,18 € zur Weiterentwicklung der Gemeindepyschiatry abgegeben (Gesamtzuschuss dann 391.803,18 €).
- Der Sozialausschuss beschließt auch einstimmig, Hebammen im Rahmen eines Konzeptes für den ganzen Landkreis zu fördern, das auch örtliche Gegebenheiten und bereits bestehende bzw. in Aufbau befindliche Einrichtungen berücksichtigt. Die kommunale Gesundheitskonferenz soll ein entsprechendes Konzept erarbeiten.
- Ferner hat der Sozialausschuss mehrheitlich bei einer Gegenstimme die Bereitstellung von 15.000 € für eine Kampagne gegen den Wohnungsleerstand empfohlen.

Der Sozialausschuss empfahl dem Verwaltungsausschuss/Kreistag einstimmig bei einer Enthaltung die Annahme des Haushaltsplanentwurfs 2020 und der Finanzplanung mit dem Investitionsprogramm 2019 - 2023.

6. Jugendhilfeausschuss am 13.11.2019

Der Jugendhilfeausschuss hat die in seinen Zuständigkeitsbereich fallenden Produktgruppen beraten. Er hat dem Verwaltungsausschuss/Kreistag bezüglich der in seine Zuständigkeit fallenden finanzrelevanten Vorlagen bzw. Anträge folgende Beschlussempfehlungen gegeben:

- Der Jugendhilfeausschuss hat einstimmig empfohlen, dem Kinderschutzbund für die Sprachförderung von Flüchtlingskindern und ihren Müttern 2020 einen Zuschuss von 40.000 € zu gewähren.
- Außerdem hat der Jugendhilfeausschuss einstimmig empfohlen, der Karlshöhe Ludwigsburg für die Jugendberatung 2020 eine Förderung in Höhe von 99.434 € zu gewähren.

währen. Diese Förderung soll 2021 und 2022 fortgesetzt und entsprechend dem mit der LIGA vereinbarten Verfahren dynamisiert werden.

Der Jugendhilfeausschuss empfahl dem Verwaltungsausschuss/Kreistag einstimmig ohne Enthaltung die Annahme des Haushaltsplanentwurfs 2020 und der Finanzplanung mit dem Investitionsprogramm 2019 - 2023.

7. Kultur-, Schul- und Europaausschuss am 18.11.2019

Der Kultur-, Schul und Europaausschuss hat die in seinen Zuständigkeitsbereich fallenden Produktgruppen beraten. Er hat dem Verwaltungsausschuss/Kreistag bezüglich der in seine Zuständigkeit fallenden finanzrelevanten Vorlagen bzw. Anträge folgende Beschlussempfehlung gegeben:

- Der Antrag des Literaturarchivs Marbach auf Erhöhung des Zuschusses um 7.200 € auf 20.000 € wurde einstimmig ohne Enthaltung empfohlen.
- Der Antrag der SPD-Fraktion auf Kostenübernahme der Schülerzusatzversicherung mit voraussichtlichen Mindereinnahmen von 10.671 € wurde einstimmig ab nächstes Schuljahr (2020/2021) beschlossen.
- Antrag des Schulbauernhofs Zukunftsfelder auf Unterstützung bei der Deckung des Abmangels von jährlich durchschnittlich 35.800 € fand grundsätzlich breite Unterstützung. Man wollte mehrheitlich keine Abmangelfinanzierung, sondern einen festen Zuschuss. Um genügend Zeit zur Prüfung und Beratung des Antrages zu haben, wurde er vorerst einmal zurückgestellt.
- Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Erhöhung der Förderung bei den Volkshochschulen im Kreis um insgesamt 7.729 € wurde ebenfalls positiv aufgenommen. Die Verwaltung soll im nächsten Jahr einen Vorschlag zur Beratung unterbreiten. Der Antrag wurde vorerst zurückgestellt.

Der Kultur-, Schul- und Europaausschuss empfahl dem Verwaltungsausschuss/Kreistag einstimmig ohne Enthaltung die Annahme des Haushaltsplanentwurfs 2020 und der Finanzplanung mit dem Investitionsprogramm 2019 - 2023.

8. Verwaltungsausschuss am 29.11.2019, 2. Lesung

Änderungen des Haushaltsplanentwurfs 2020, die sich nach derzeitigem Stand aufgrund der Haushaltsplanberatungen der Fachausschüsse ergeben haben und sich ggf. noch ergeben werden, wurden in die vorläufige Änderungsliste (Anlage 1) aufgenommen. Die Mittel der Deckungsreserve wurden in der Änderungsliste verteilt. Nach dem momentanen Stand erreicht die Deckungsreserve in etwa ihren Mindestbestand von 100.000 €.

Kosten für Maßnahmen, die in der Deckungsreserve bereitgestellt sind: 908.192 €.

9. Wesentliche Änderungen seit Einbringung des Haushaltsentwurfs 2020

Die Schlüsselzuweisungen erreichen aufgrund des Haushaltserlasses und der Novembersteuerschätzung gegenüber dem Entwurfsstand ein Plus von über 9 Mio. €. Vom Land erhalten wir voraussichtlich 1,3 Mio. € mehr Zuweisungen für Gelduldete und eine um 2,5 Mio. € geringere Kostenerstattung für Mehraufwendungen aus dem Bundesteilhabegesetz. Weiter kön-

nen wir mit rund 0,5 Mio. € höheren Sachkostenbeiträgen und mit rund 170.000 € höheren Erstattungen für die Kleinkinderbetreuung rechnen. Auf der Ausgabenseite des Ergebnishaushalts wurden die bereitgestellten Mittel aus der Deckungsreserve verteilt. Daneben ergeben sich auch Verschiebungen beim ÖPNV in Form von jeweils rund 0,5 Mio. € höheren Kosten für die Busverkehre und Einsparungen in etwa gleicher Höhe bei der VRS-Umlage. Weiter sparen wir 0,6 Mio. € beim Sozillastenausgleich. Beim Helene-Lange-Gymnasium fällt eine um 176.353 € höhere Umlage an.

Beschlussvorschlag:

Nach der zusammengefassten Beratung des Haushaltsplanentwurfs - Zweite Lesung - am 29.11.2019 empfiehlt der Verwaltungsausschuss dem Kreistag,

- den Entwurf des Haushaltsplans 2020 aufgrund der Vorlage KT_36/2019 unter Berücksichtigung der Veränderungen nach Anlage 1 (Änderungsliste) und die Haushaltssatzung für das Jahr 2020 nach Anlage 2 zu beschließen,
- die Finanzplanung mit Investitionsprogramm 2019 - 2023 zu beschließen,
- im Finanzhaushalt die Ansätze für die Bottwartal Verkehrsmaßnahmen (Seite 215, Investitionsmaßnahme 705470000006) und die Umlage Zweckverband Straßenbahn Ludwigsburg (Seite 219, Investitionsmaßnahme 745470000009) für gegenseitig deckungsfähig zu erklären,
- die Bürgschaften für die im Wirtschaftsplan 2020 der Kliniken gGmbH enthaltenen Darlehensaufnahmen von 50.400.000 € für den gemeinnützigen Klinikbereich und 19.700.000 € für den Bereich der eng mit dem Klinikbetrieb verbundenen Geschäftsbetriebe gegen Avalprovision sowie für Kassenkredite von 40.000.000 € zu übernehmen,
- die Bürgschaften für die im Wirtschaftsplan 2020 der Orthopädischen Klinik Markgröningen gGmbH enthaltenen Darlehensaufnahmen von 4.000.000 € für den gemeinnützigen Klinikbereich und 200.000 € für den Bereich der eng mit dem Klinikbetrieb verbundenen Geschäftsbetriebe gegen Avalprovision sowie für Kassenkredite von 4.000.000 € zu übernehmen,
- die Verwaltung weiterhin zu ermächtigen, entsprechend der Liquiditätsslage des Landkreises Kassenkredite an die Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim gGmbH zu gewähren.